



# SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 17D  
Fernsprecher 24831 - 33  
Fernschreiber 0886890

P/XIII/76 - 1. April 1968

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

<u>Seite:</u>		<u>Zeilen:</u>
1	Gromykos Schachzug Wester verpasste grosse Gelegenheit	43
2 - 3	Ende des Zweiparteiensystems in Grossbritannien? Der Nachwählerfolg der Liberalen in Torrington	64
4 - 5	Disengagement in Königswinter Deutsch-britische Begegnung	66
6	Kesselrings Sorge um den deutschen Menschen Bemerkungen zum Brotzheimer Prozess	38
7 - 8	Zeit für eine Amnestie Noch immer 200 Sowjet-Verurteilte in der Zone	72

\* \* \* \* \*  
\* \*

### Gromykos Schachzug

sp - Eine grosse Gelegenheit hat der Westen verpasst als er es versäumte, von sich aus das zu tun, was die Sowjetunion jetzt zu tun bereit ist. Jahrelang stritten die Westmächte mit der Sowjetunion über die Einstellung der nuklearen Versuchsexplosionen, jeder erwartete von der anderen Seite, dass sie mit gutem Beispiel voranzugehen möge. Beide Seiten missachteten und überhörten die beschwörenden Mahnungen der Wissenschaftler und der Kirchen oder sie benutzten diese zu propagandistischen Ausfällen. Jede Seite setzte ihre Versuchsexplosionen fort in der Hoffnung, dem anderen zu übervorteilen und ihm um einige Masealängen voraus zu sein.

Nun hat die Sowjetunion durch ihre Ankündigung, die Kernwaffenversuche einzustellen und einer Vernichtung der Atomvorräte unter "entsprechender Kontrolle" zuzustimmen, von sich aus den tödlichen Kreislauf durchbrochen. Ist dies nur ein Schachzug oder mehr als nur Propaganda?

Ohne Zweifel ist der Zeitpunkt für diesen sowjetischen Vorstoss gut gewählt. Er trifft den Westen in einer peinlichen Situation. Gerade sind die Vereinigten Staaten dabei - wozu sie die halbe Welt eingeladen haben - eine neue Versuchsserie mit "sauberen Bomben" im Pazifik zu beginnen. Frankreich steht vor dem Abschluss seiner Bestrebungen, selbst Atommacht zu werden; so nimmt es nicht wunder, wenn der Moskauer Schritt ihm die grösste Verlegenheit bereitet. Es befürchtet den Verlust kostspieliger Investitionen. Grossbritannien, weniger scharf in der Ablehnung, will erst die Gipfelkonferenz abwarten, bevor es ein Gleichziehen mit den Russen erwägt. Eine wahrhaft paradoxe Situation: Was auf der Gipfelkonferenz erst ausgehandelt werden soll, bieten die Sowjetrussen schon als Vorleistung an! Die Zustimmung der Westmächte zur Gipfelkonferenz auf dem Wege über vorbereitende Botschafter-Konferenzen und eines Treffens der Ausserminister, die zu prüfen haben, welche Probleme behandelt werden sollen, bedeutet gewiss eine starke Auflockerung der bisherigen Haltung, aber genügt sie noch, um die propagandistischen Wirkungen des Gromyko-Vorschlages aufzufangen?

Ein wesentlicher Streitpunkt zwischen West und Ost, eben die Einstellung der mörderischen Versuchsexplosionen, ist durch das einseitige russische Vorgehen geklärt. Der Westen insgesamt würde in der nicht gebundenen Welt noch mehr an moralischem Kredit verlieren, liesse er auch nur den Eindruck erwecken, dass es nur die Russen sind, die Konzessionen auf bisher heissen umstrittenen Gebieten machen. Sprach nicht Gromyko auch von Kontrolle? Noch niemals war es gebotener als jetzt, Moskau beim Wort zu nehmen. Ohnehin ist die Liste versäumter Gelegenheiten gross genug. Es wird kühner Phantasien bedürfen, um die Initiative zurückzugewinnen, die die Sowjetunion nun an sich gerissen hat.

### Ende des Zweiparteiensystems in Grossbritannien?

B.A. - London

Der Marktflecken Bideford in Devonshire wurde am vergangenen Freitag für wenige Stunden das Zentrum der innerpolitischen Entwicklung in Grossbritannien, als dort von Rathausbalkon das Ergebnis der Nachwahl im Wahlkreis Torrington verkündet wurde. Der liberale Kandidat, ein Enkel des grossen Asquith, der Sohn der unverwundlichen Lady Bonham Carter, errang den ersten Erfolg für die Liberalen in einer Nachwahl seit 1929. Das schien ausreichend zu sein, um Torrington als Wendepunkt in den Schicksalen der liberalen Partei zu verkünden. Bedeutet nun das Ergebnis tatsächlich die Wiedergeburt der englischen Liberalen Partei und damit ein Ende des Zweiparteiensystems, das seit Jahrzehnten unerschütterlich schien, nachdem es de facto seit Jahrhunderten die englische parlamentarische Geschichte beherrscht hatte? Wenn aber nicht, worin liegt die Bedeutung von Torrington?

Torrington war die dritte Nachwahl in kurzer Folge, bei der die Konservativen den von ihnen gehaltenen Sitz verloren. Insofern bestätigt sie die Abkehr der Wähler von der Regierungspartei. Sie bestätigt ferner die Tatsache, dass wo die Wählerschaft die Auswahl zwischen drei Kandidaten hat, die unzufriedenen Konservativen dem liberalen Kandidaten zulaufen.

Geschwellt von Siegeshoffnungen haben die Liberalen sich entschieden, in mindestens 160 Wahlkreisen eigene Kandidaten bei allgemeinen Wahlen aufzustellen. Die Zahl lag auf zweihundert ansehlicher, falls die Unterhauswahlen noch zwei Jahre auf sich warten lassen. Im allgemeinen erühen sich dadurch die Beziehungen der Labour-Party, die weniger von der liberalen "Einkreisung" zu fürchten hat als die Konservativen...

Wie aber steht es mit den tatsächlichen Weltaussichten der Liberalen? Werden sie in der Lage sein, durch eine Vervielfachung ihrer bisherigen sechs Sitze im Unterhaus das entscheidende Zünglein an der Waage zwischen Konservativen und Sozialisten zu bilden? Von fünfzig

Jahren besass die liberale Partei die Parlamentarier mit 587 Abgeordneten. Ihr absteig war progressiv und radikal. Sie hielten 161 Sitze in den ersten Wahlen nach dem Kriegsende 1918, nur noch 21, wenn der zweite Weltkrieg begann und ganze 12 in den Wahlen von 1945. Nach dem Erfolg von Tarrington ist die liberale Unterhausfraktion von 5 auf 6 angewachsen. Das ist ein recht bescheidener Anfang für eine liberale Wiedergeburt.

Es war sicherlich auch nicht die Politik der fünf liberalen Abgeordneten im Unterhause, die rund 40 % der Wähler in Tarrington dazu bewegte, liberal zu stimmen. Denn die Politik der offiziellen Parteiführung war bei allen entscheidenden Fragen von der der konservativen Regierung nicht zu unterscheiden. Sie stimmten für das Suezabenteuer, sie stimmten für die Wirtschaftsschraube des sieben-%-igen Diskontsatzes, ja, sie waren die Leuten Rufe im Streit, die ebenso wie die Diehards der Konservativen eine radikale Reform der Mietengesetze verlangten und das unsoziale Gesetz durchzupfeischen halfen. Nur versprachen ihre Redner dabei allen Schichten der Bevölkerung, was sie sich nur wünschen konnten, den Hausbesitzern, dass sie die Mieten unkontrolliert erhöhen dürfen, den Mietern Schutz von Kündigungen usw. Kurzum, ihr Programm war dasselbe wie dasjenige, mit dem die Konservativen die Wählerschaft bei den letzten Unterhauswahlen eingefangen hatten, das sie dann aber teils vergessen, teils in einseitige Interessenvertretung umgewandelt hatten.

Gewiss, die Liberalen brauchen sich nicht von Regierungsverantwortlichkeit bedrückt zu fühlen und können darum, den Wählern ruhig das Platte vom Himmel versprechen. Man kann auch nicht erwarten, dass die kaum verjüngte Partei, die sich einen sehr weiten Weg erklimmen müsste, ehe sie verantwortlich sein braucht, mit einem fix and fertigen Regierungsprogramm aufwarten soll. Nur werden jetzt, wo grosse Massen nicht festgelegter Wähler die Arbeit der liberalen Parlamentarier unter die Lupe nehmen werden, positive Kriterien angelegt werden. Die allgemeine Unzufriedenheit mit den Konservativen hat den Liberalen eine Chance geboten, die Unzufriedenen aufzufangen. Obgleich aber die Liberalen selbst sich einer Prüfung ihrer Politik unterziehen müssen, dürften die ihnen angetragenen Massen ebenso rasch dahinschmelzen wie Schnee in der Aprilsonne.

### Disengagement in Königswinter

H.P. Der Wert der zwischen englischen und deutschen Politikern jährlich stattfindenden Konferenz in Königswinter zeichnet sich jeweils dadurch aus, dass sogenannte heisse Eisen in grosser Offenheit behandelt werden.

Das Sonntag zu Ende gegangene Gespräch, das neunte seiner Art, war keine Ausnahme. Die in sechs Arbeitsgruppen geteilte Konferenz stand unter dem Generalthema "Disengagement and Interdependence", zwei Worte, die in politischen Leben zum Allgemeingebrauch geworden sind, sich jedoch schwer korrekt ins Deutsche übersetzen lassen. Wenn auch der Titel diesmal ein anderer war, so kreisen doch, wie nicht anders zu erwarten ist, die Gedanken und Diskussionen immer wieder seit Jahren um die Frage, was die Westmächte tun können, um gegenüber der russischen Politik selbst initiativ zu werden, und dabei ihre eigenen politischen Ziele zu verfolgen, ohne ihre Sicherheit aufzugeben. Während man sich in früheren Jahren schon sehr ausgiebig mit der Thematik der deutschen Wiedervereinigung befasst hatte, wurde dieser Begriff in den letzten zwei Jahren in Königswinter unter dem weiteren Aspekt der europäischen Sicherheit behandelt, und diesmal trat diese Frage im Angesicht des Atomwetterüstens noch weiter zurück, da sich keiner der Erkenntnis verschliessen konnte, dass das deutsche Problem nur im Gefolge einer Entspannung, d.h. also nach Abrüstungsvereinbarungen und nicht als Voraussetzung dafür gelöst werden kann.

Im Grunde genommen sind die Beziehungen zwischen Grossbritannien und der Bundesrepublik selten so kühl gewesen wie zurzeit. Der Streit um die Stationierungskosten, die Verärgerung der Briten, nicht zur französisch-italienisch-deutschen Rüstungsgemeinschaft hinzugezogen worden zu sein und andere Fragen, haben die Abkühlung dieses Klimas bewirkt. Auch die Haltung Macmillans zu einigen hochaktuellen Fragen, wie der der Gipfelkonferenz, der Möglichkeit regional begrenzter Abrüstungsvereinbarungen, ist in Bonn auf wenig Gegenliebe gestossen. Leider kamen diese Dinge in Königswinter kaum zur Sprache. Dagegen zeigte sich eine weitgehende Übereinstimmung der Anwesenden, den jetzigen Status quo nicht nur durch Deklamationen verändern zu wollen, sondern etwas dafür zu tun.

In dieser Hinsicht waren die Vertreter der deutschen Regierungs-

parteien fast völlig isoliert. Viele Anhänger der Regierung Adenauer sprachen sich in Königswinter dafür aus, die von Kennan, Gaitskell, Rapacki und anderen gemachten Vorschläge doch zumindest als Diskussionsgrundlage anzuerkennen, und nicht im Zustand der Verharrung zu verbleiben.

Hier wirkte die Unruhe, die durch die jüngste Bundestagsdebatte ausgelöst wurde, deutlich nach. Die Ursache für den Meinungswechsel einiger prominenter Politiker und Publizisten z.B. in beiden Ländern ist sicher darin zu suchen, dass sie im Gegensatz zu den Regierungspolitikern erkannt haben, wie sehr sich die internationale Situation zuungunsten des Westens geändert und verschlechtert hat. Eine Politik, die zu solchen ungünstigen Resultaten führt, kann unmöglich gut oder richtig sein.

Viel beachtet wurde der Ausspruch des konservativen Lord Harding, dem ehemaligen Feldmarschall der britischen Armee am Rhein. Er erklärte sich bereit, das militärische Risiko einer atomwaffenfreien Zone in Mitteleuropa hinzunehmen, wenn die Politiker eine solche Lösung für denkbar halten. Dieser Ausspruch hat nicht nur politische Bedeutung, sondern ist bezeichnend dafür, wie sehr das Primat der Politik vor dem militärischen Denken in England zur Selbstverständlichkeit gehört.

So erfreulich die Diskussionen in Königswinter wirklich sind, so sollte doch überlegt werden, ob nicht das deutsch-englische Gespräch in Zukunft seine Wirksamkeit erhöhen würde, wenn der Teilnehmerkreis etwas verändert werden könnte. Die Jagd nach der Prominenz ist auch hier manchmal abträglich und kann zu unnötigen Wiederholungen von Dialogen führen, die bereits in den Parlamenten hinreichend stattfanden. Auch sollte man sich vielleicht darauf beschränken, in Zukunft nur alle zwei Jahre zusammenzukommen, da eine Institution wie das Treffen in Königswinter sonst an Interesse einzubüssen droht.

Kesselrings Sorge um den deutschen Menschen

G.B. Der Nürnberger Schwurgerichtsprozess gegen den SS-General Simon hat durch das Auftreten des ehemaligen Generalfeldmarschalls Kesselring einen neuen Akzent erhalten. Von der Unmenschlichkeit einer Hinrichtung in den allerletzten Kriegstagen im fränkischen Städtchen Brettheim ging die Verhandlung aus; jetzt hat sich die Untersuchung zu der Frage zugespitzt: Konnte die Wehrmachtführung im April 1945 noch militärische Erfolge erzielen, die den Einsatz halber Kinder rechtfertigte? Hatte sie nicht vielmehr die Pflicht, das unaufhaltsam herannahende Ende so unblutig wie möglich herbeizuführen? Man weiss nicht, was fürchtbarer ist, die Erhängung von Männern, die ein paar Hitlerjungen entwaffnet bzw. sich dem Standgerichts-urteil über einen der Ehren widersetzt hatten, oder aber die Dummheit und Unfähigkeit, die sich in den Worten Kesselrings ausdrückt: "Die militärische Lage war nach dem Rheinübergang bei Remagen denkbar ungünstig. Es war nur möglich, Wirkung zu erzielen, wenn alle Massnahmen mit Nachdruck durchgeführt wurden."

Was für "Wirkungen" erhofften sich die militärischen Asse des Dritten Reiches denn wohl noch in diesen Tagen des Zusammenbruchs? Auch die Entschuldigung, man habe den an der Ostfront - die ja nur wenige Kilometer entfernt verlief - kämpfenden Truppen den Übertritt in westliche Gefangenschaft ermöglichen wollen, dürfte kaum bei den hunderten Tausenden auf Verständnis stossen, die man seit Stalingrad ungerührt in russische Kriegsgefangenschaft marschieren liess. Die "Sorge um den deutschen Menschen", die Kesselring heute, nach dreizehn Jahren, in sich entdeckt, kommt ein wenig zu spät. Damals äusserte sie sich in Standgerichten und Galgen.

Jeder dieser Prozesse, die eine blutige Vergangenheit heraufbeschwören, zeigt deutlich das unbewältigte Erbe unserer jüngsten Geschichte. Weder die Abgestumpftheit, mit der man in der Öffentlichkeit - von den unmittelbar Betroffenen abgesehen - auf die Erinnerung an einstiges Unrecht reagiert, noch die Selbstgerechtigkeit, mit der die Angeklagten ihre "Massnahmen" zu verteidigen suchen, sind geeignet, die Hypothek des dutzendjährigen Reiches abzulösen. Wann wird zum Beispiel der Begriff "Wehrkraftzersetzung", der durch alle Verhandlungen geistert, einmal gründlich geklärt? Wie kann man den Offizieren der Bundeswehr eine klare Vorstellung von ihrer Verantwortung für die ihnen anvertrauten jungen Männer zumuten, wenn das Konto ihrer Vorgänger immer noch offen steht?

Zeit für eine Amnestie!

K.J. Das alte Spiel geht immer weiter: Kaum vergeht ein Tag, da nicht in beiden Teilen Deutschlands Menschen aus politischen Gründen verhaftet werden. Die Tatsache, dass es drüben, in der Zone, mehr sind als hier, ist kein Trost. Auch nicht der Umstand, dass die Justiz hier sanfter verfährt, die Strafen milder sind.

Soll das nie aufhören? Kürzlich erst wieder kündigte der Chef der SED-Partei-Kontrollkommission, Matern, an, die Zonenregierung werde nicht untätig zusehen, wie in der Bundesrepublik die "Friedenskämpfer" weiter laufend eingesperrt würden. Man werde sich die nach Mitteldeutschland reisenden Bundesbürger künftig genauer ansehen. Unverhohlen angedeutet wurde neuer politischer Terror.

Wahrheit und Objektivität gebieten festzustellen, dass durch Amnestien und Strafaussetzungen die Zahl der politischen Häftlinge in der Zone im Laufe der letzten Jahre zurückgegangen ist. Sie liegt etwa bei 8000. Genaues weiss man nicht. Der Strafvollzug ist etwas milder geworden, verglichen etwa mit der Situation von 1950 oder 1952. Wenn eine Kommission des Internationalen Roten Kreuzes feststellte, der Strafvollzug in den Haftanstalten der Zone liege noch im Rahmen des Zulässigen, so ist das sicher etwas optimistisch beurteilt. Entlassene Häftlinge stellen das anders dar: sie nennen den Strafvollzug barbarisch. Die Wahrheit wird in der Mitte liegen...

Es nützt nichts, sich über die Praktiken Pankows zu entrüsten, das auf seine Weise politische Häftlinge haustort - brutaler, als das Bonn tut. Völlends unbegreiflich aber ist eins: warum werden heute noch immer rund 200 Menschen in den Zuchthäusern festgehalten, die gar nicht von Pankower Gerichten verurteilt sind? Es handelt sich um die in früheren Jahren von sowjetischen Militärtribunalen Verurteilten. Die meisten dieser Zweihundert sitzen bereits acht, zehn, zwölf Jahre. Ist das nicht Sühne genug für Straftaten, die entweder überhaupt nicht begangen worden sind oder so geringfügig waren, dass sie in der Demokratie nicht einmal für 24 Stunden Haft ausgereicht hätten?

Normalerweise müssten die begnadigen, die verurteilt haben: die Sowjets. Einmal taten sie das in überraschend grosszügiger Weise. Das war 1954, im Januar, vor der Berliner Viererkonferenz. Um etwas für die Entspannung zu tun, amnestierte Moskau 6 400 seiner politischen Gefangenen in der Zone. Mehr als noch einmal so viele blieben sitzen.



Bis auf die Zweihundert, die immer noch nicht frei sind, begnadigte seitdem die Pankower Regierung. Die Sowjets haben die ganze Sache abgestossen, kümmern sich nicht mehr darum. Den Angehörigen der Sowjet-verurteilten wird, schicken sie Gnadengesuche nach Moskau oder an die Bonner Botschaft, lakonisch mitgeteilt, die Frage liege allein in der Kompetenz der "DDR". Die sei zuständig, niemand sonst.

Der juristische Streit darüber, wer heute formal für das weitere Schicksal der Sowjetverurteilten zuständig ist, zuständig sein darf oder nicht sein darf, hilft keinem. Er macht die Unglücklichen nicht frei. Soviel aber ist sicher: es bedürfte nur der entsprechenden Anweisung Moskaus an Pankow, diese übriggebliebenen Opfer des Kalten Krieges der ersten Nachkriegsjahre endlich zu entlassen. Sind sie nicht von der "Berija-Justiz" verurteilt worden? Haben nicht auch die neuen sowjetischen Führer nach Stalins Tod in der Sowjetunion Tausende politischer Häftlinge entlassen, die Gefängnisse ausgekämmt, die Zwangsarbeitslager weitgehend aufgelöst? Ja, sind nicht sehr viele Häftlinge sogar in aller Form rehabilitiert worden?

Natürlich wird sich Moskau einer westdeutschen Forderung gegenüber nach Freilassung dieser Gefangenen im Augenblick nicht gerade freundlich stellen. Eine atomar aufrüstende Bundesregierung, die selber politische Gefangene hamstert, ist kein ganz fleckenreiner Anwalt für die Menschlichkeit. Aber was können die Zweihundert dafür? Sie haben genug, übergenuß gelitten. Um das festzustellen, braucht man nicht erst Schuldfragen aufzuwerfen. Viele dieser seit einem Jahrzehnt verhafteten Sowjet-Gefangenen siechen, körperlich und seelisch krank, hoffnungslos dahin.

Als die Sowjetregierung 1954 einen Teil ihrer deutschen Militärgerichts-Opfer amnestierte, geschah das durch einen entsprechenden Befehl an die "Gewaltsmacht" Pankow. Sie hatte danach zu handeln und die Gefängnistore zu öffnen. Anlass zu dem sowjetischen Schritt war, wie schon gesagt, die bevorstehende Viererkonferenz in Berlin. Jetzt werden wir eine Gipfelkonferenz der Mächte haben. Sollte sie nicht auch ein Anlass sein, durch einen Gnadenakt zur Entspannung beizutragen? Der Krenl könnte sich die Amnestierung dieser letzten zweihundert Opfer der Berija-Justiz gut und gerne erlauben. Dann wäre wenigstens dieses Problem aus der Welt.

+ + +